



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Jens Christian Kage
Pressesprecher

Jens.C.Kage@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Baugenehmigungen auf niedrigstem Stand seit 2010 – Wohnungsbau muss Top-Thema in Kanzleramt werden

Berlin, 18.02.2025. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen fordert angesichts der sinkenden Baugenehmigungszahlen die Priorisierung des Wohnungsbaus als zentrales Thema einer neuen Bundesregierung.

Die Zahl genehmigter Wohnungen sinkt gegenüber dem Vorjahr um 43 700 auf 215 900 Wohnungen und damit auf den niedrigsten Stand seit 2010. „Nach der Bundestagswahl kann die Konsequenz dieser Schreckens-Bilanz nur lauten: Der Wohnungsbau muss unter die Top 3 Themen eingeordnet werden“, betont BFW-Präsident Dirk Salewski in Berlin.

„Eines der zentralen Themen, das viele wirtschaftliche und soziale Schlüsselbereiche miteinander verknüpft, ist das Thema Wohnen. Die großen Zukunftsthemen, ob Energie oder Nachhaltigkeit - sind untrennbar damit verbunden. Der Wohnungsbau trug in den letzten Jahrzehnten signifikant zum deutschen Wirtschaftswachstum bei. Einerseits sind rund 6,6 Millionen Beschäftigte in der Wohnungsbaubranche tätig. Dadurch entstehen Steuereffekte in Höhe von 140,8 Mrd. Euro. Das sind rund 17 % der gesamten deutschen Steuereinnahmen.

Uns fehlen weiterhin hunderttausende Wohnungen. Wir bauen immer noch zu kompliziert und zu teuer. Wir fesseln unsere Handwerksbetriebe und Wohnungsunternehmen mit zig Formularen, Anträgen und Genehmigungsprozessen. Lassen wir diejenigen, die dringend eine bezahlbare Wohnung benötigen nicht im Stich und buchstäblich im Regen stehen“, so der BFW-Präsident.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.